

**Lesen gegen
das Vergessen**
Sonnabend, 10. Mai,
15–17 Uhr
auf dem Bebelplatz



Foto: Jörg Rückmann

Wohnen im Grünen und trotzdem city-nah: das Wohngebiet am Anton-Saefkow-Platz.

Berlin ist sozial gespalten

Gerade ist der Sozialstrukturatlas Berlin 2013 erschienen. Alle fünf Jahre gibt er an Hand einer Vielzahl von kleinräumigen Indikatoren aus Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Bildungsstand, Erwerbsleben, Einkommen und Gesundheit Aufschluss über die soziale Wirklichkeit in der Stadt.

Die Daten zeigen, dass sich die sozialräumliche Spaltung in Berlin vertieft und verfestigt hat. In Lichtenberg hat sich die Sozialstruktur im Vergleich zum Bericht 2008 verbessert, der Status-Index ist gestiegen. Das ist ein Zeichen dafür, dass Lichtenberg anziehend ist und damit die Sozialstruktur absehbar stabil bleibt. Lichtenberg nimmt nach wie vor einen mittleren Platz im Bezirksvergleich ein und ist der Bezirk mit den geringsten Schwankungsbreiten bei der sozialen Lage. Anders ausgedrückt: Die soziale Ungleichheit ist überall sonst in Berlin größer als in Lichtenberg.

Dennoch gibt es innerhalb Lichtenbergs soziale Unterschiede und Tendenzen zur Verfestigung von Ungleichheit. Es hat sich ein Nord-Süd-Gefälle herausgebildet: Für Neu-Hohenschönhausen weist der Atlas eine ungünstige Sozialprognose, für die Rummelsburger Bucht und Karlshorst dagegen eine günstige aus. Das spiegelt sich auch in der

Entwicklung der Mieten wider, die hier und in den Altbaugebieten weitaus stärker gestiegen sind.

Die Großsiedlungen am Stadtrand, auch Hohenschönhausen, sind zu lebenswerten Stadtteilen entwickelt worden. Da die Mieten vielfach günstiger sind als anderswo, leben hier überdurchschnittlich viele Menschen mit geringen Einkommen. Bildungs-, Betreuungs-, Freizeit- und Kulturangebote sowie die Gestaltung des öffentlichen Raums müssen darauf reagieren und aktiv auf Teilhabe und Nachteilsausgleich ausgerichtet sein.

Großsiedlungen dürfen aber nicht die einzigen Orte sein, in denen Menschen mit wenig Geld noch eine bezahlbare Wohnung finden. Sonst besteht die Gefahr des kollektiven Abstiegs und der Herausbildung sozialer Brennpunkte. DIE LINKE fordert für alle Stadtteile bezahlbaren Wohnraum. Bezieher von Transferleistungen sollen auch in den „besseren“ Kiezen Wohnungen zu erschwinglichen Kosten finden. Belegungsrechte und Mietpreisbindungen müssen aktiv genutzt oder neu geschaffen werden.

Katrin Lompscher, MdA, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Erster Mai

Von Jahr zu Jahr mehr wird am 1. Mai sichtbar, dass dessen von oben versuchter Sinnentleerung eine wachsende Aktualität und Erweiterung der sozial-, demokratie- und friedenspolitischen Positionen gegenüberstehen.

Die politische Realität selbst sorgt dafür, dass die vielen nicht eingelösten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und gleichen Chancen, nach Gleichstellung der Geschlechter, nach Gleichberechtigung aller, die hier leben und arbeiten, nach Arbeit und existenzsicherndem Einkommen für alle, nach Frieden und internationaler Solidarität zunehmend die Agenda des 1. Mai dominieren. Seit die kapitalistische Gesellschaft übriggeblieben ist, vollzieht sie ein Rollback nach dem anderen, werden Grundrechte ausgehöhlt und Krieg als Mittel der Politik praktiziert. Das darf nicht sein, und das muss auch nicht sein. Das sollten wir am 1. Mai – beileibe nicht nur dann, aber dann besonders – nachhaltig unter Beweis stellen.

In diesem Sinne beobachte ich seit einiger Zeit den Versuch, die beiden großen Mai-Feste in unserem Bezirk – am Rathaus und an der Falkenberger Chaussee – als Mittelalterspektakel bzw. als Kirmes zu entpolitisieren. Dem sollten wir mit vielen Gesprächs- und Informationsmöglichkeiten zu den Fragen entgegenwirken, die am 1. Mai besonders wichtig sind. Der 1. Mai ist kein Dorfbums, sondern heute mehr denn je Kampftag.

Evrin Sommer, MdA, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

1.-Mai-Feste

- ab 11 Uhr: Warnitzer Bogen, Familienfest „Bunte Platte“
- ab 12 Uhr: Möllendorffstraße, Rathaus Lichtenberg, „Spectaculum am lichten Berg“
- DGB-Veranstaltung: 9 Uhr: Demo, Start: Hackescher Markt, Spandauer Straße, ab 11.30 Uhr: Kundgebung und Familienfest, Brandenburger Tor



Linker Protest erfolgreich: Schwimmhalle bleibt offen für alle



Foto: Jörg Rückmann

Der langjährige Schwimmbad-Nutzer und Rentner Herr M. staunte nicht schlecht, als er einen CDU-Flyer in seinem Briefkasten fand: „CDU sorgt für Aufklärung – Schwimmhalle am Anton-Saefkow-Platz bleibt öffentlich“.

Wahr ist: Ohne den uns von der CDU vorgeworfenen „Aktionismus“ hätte es ein so schnelles Einlenken der Bäderbetriebe und damit den Erhalt des öffentlichen Badebetriebes wohl nicht gegeben.

Aber von vorn: Herr M. informierte das Büro der Abgeordneten Gesine Löttsch über die Einberufung einer Mitarbeiterversammlung in der Schwimmhalle am Anton-Saefkow-Platz. Bei dieser, so der Rentner, seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Einstellung des öffentlichen Badebetriebes ihrer Halle im Herbst informiert worden.

Der Schreck saß tief. Diese Entscheidung würde dazu führen, dass nach der 2003 erfolgten Schließung der Schwimmhalle Rudolf-Seifert-Straße im Stadtteil Fennpfuhl das letzte öffentliche Schwimmbad für die Bevölkerung gestrichen wird. Die gut ausgelastete Schwimm- und Sprunghalle an der Landsberger Allee würde außerdem nicht ausreichen, um die 32.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Fennpfuhl zu versorgen.

Auf meine Nachfrage hin bestätigten mehrere Mitarbeiter sowie der Badeleiter die Information des Rentners. Wir reagierten

*Ein Erfolg linker Politik in unserem Bezirk:
Die Schwimmhalle am Anton-Saefkow-Platz
bleibt geöffnet.*

prompt. Binnen zwei Wochen kamen für den von Rainer Bosse initiierten Einwohnerantrag zum Erhalt des öffentlichen Badebetriebes in der Anton-Saefkow-Halle mehr als 2.000 Unterschriften zusammen. Mehrere hundert Menschen unterzeichneten eine Online-Petition, und Gesine Löttsch wandte sich an Senator Henkel, bat ihn um Aufklärung und um Erhalt des öffentlichen Badebetriebes.

Bis zum Redaktionsschluss hat Henkel zwar nicht geantwortet, aber dafür ließ der Pressesprecher der Bäderbetriebe mittlerweile ausrichten, dass der öffentliche Badebetrieb erhalten bleibt.

Die CDU hat weder zur Aufklärung beigetragen, noch hat DIE LINKE – wie ihr von der CDU vorgeworfen wurde – Gerüchte verbreitet.

Herrn M. freut die Entscheidung der Bäderbetriebe „außerordentlich“. Er schrieb uns dazu: „Die CDU klärt jedenfalls nicht auf, sondern nutzt die Situation und verbreitet über DIE LINKE Unwahrheiten. Der Urheber der verbreiteten ‚Fehlinformationen‘ bin ich. Aber nach sorgfältiger Recherche habe ich Herrn Wolf nicht auf eine ‚falsche Spur‘ geschickt.“

Norman Wolf

KOMMENTIERT

Kurs halten

Auf jedem größeren Schiff gibt es einen Ersten Offizier, der für alles zuständig ist. Bei der pazifistischen LINKEN heißt er nicht Offizier, sondern Geschäftsführer. Und bei uns in Lichtenberg heißt er Wolfgang Schmidt.

In fast 25 Jahren hat Wolfgang Schmidt unser Geschick als Partei gemanagt. Er hat alle unsere Wahlkämpfe erfolgreich organisiert, die Partei auf der Leitungsebene wie an der Basis zusammengehalten, unablässig Erfahrungen weitergegeben, für unsere Finanzkraft gesorgt, gute Beziehungen mit den Behörden gepflegt. Kein einziger Alltag und kein einziger Höhepunkt wären ohne Wolfgang Schmidt zu meistern gewesen. Als Geigenvirtuose, der er bald geworden wäre, hat er für Harmonie gesorgt, als Diplom-Ingenieur, der er geworden ist, für Systematik und Nachvollziehbarkeit. Perfekt.

Er ist der Einzige, dem alle nahezu alles erzählten und der nichts weitersagte, was nicht für andere Ohren bestimmt war. Unbesehen würde ich Wolfgang im Bedarfsfall alle Schlüssel für mein Haus übergeben, einschließlich der für die Geldkassetten – wenn ich Haus und Geldkassetten hätte.

Eine Tragik unserer Partei besteht darin, dass heute – da die Basis einen gut geführten und schlagkräftigen Apparat bräuchte – dieser Apparat aus einer Person besteht. Doch der ruhige und besonnene Wolfgang Schmidt hat uns das nie spüren lassen. Und manche werden sein Wirken erst richtig erkennen, wenn er nicht mehr dabei ist. Denn plötzlich war Wolfgang 65, und nun geht er zum 1. Mai in den sogenannten Ruhestand.

Noch ist das alles nicht vorstellbar. Doch Wolfgang hat vorgesorgt: Er hat sich um die Aussaat gekümmert, auf dass eine gute Ernte auch in Zukunft möglich sein wird. Und er hat versprochen, auch nach dem 1. Mai sein Telefon nicht abzustellen, sondern die wahrscheinlich 34 Anrufe pro Tag gewissenhaft und hilfsbereit zu beantworten.

Nun liegt es an uns, den Kurs zu halten, auf den Wolfgang Schmidt das Schiff gebracht hat. Danke, Wolfgang!

Peter-Rudolf Zolt



Wir in der Kiezspinne

Weit über den Kiez hinaus bekannt ist das Nachbarschaftshaus „Orangerie“ mit dem Verein „Kiezspinne“. Beide sind undenkbar ohne das uneigennützig-gemeinnützige Wirken der LINKEN und ihrer Sympathisanten.

Mit drei Fragen an vier der Kiezspinne besonders aktiv verbundene Lichtenberger wollte „info links“ herausfinden, aus welchen Quellen sich diese nunmehr fast ein Vierteljahrhundert anhaltende Gestaltungsfähigkeit speist. In mancher Antwort können sich unsere Leser möglicherweise selbst wiederfinden und vielleicht gar eine Anregung zum eignen Mittun herauslesen.

Was tun Sie konkret in der Kiezspinne und warum?

- **Evelin Pakosta:** Nach Eintritt in das Rentenalter habe ich mir überlegt, dass ich u. a. mein Wissen aus 13 Jahren beruflicher Tätigkeit im Arbeitsamt für die Kiezbewohner nützlich anwenden kann. Seit 2008 biete ich nun donnerstags von 13 bis 17 Uhr Sozialberatung kostenlos an – unabhängig von Nationalität, Religion, politischen Ansichten, Bildung und Geschlecht.
- **Frank Mißbach:** Der MBR FAS (Mieterbeirat Frankfurter Allee Süd, Frank Mißbach ist dessen Vorsitzender) ist Bestandteil der Arbeit in der Kiezspinne. Ich arbeite dort ehrenamtlich. Als ich Rentner wurde, wollte ich für Menschen etwas tun und die teilweise verloren gegangene Solidarität wiederbeleben.

● **Dr. Manfred Meineke:** Auf eine Anfrage von Vorstandsmitgliedern des Vereins Kiezspinne FAS, die bei Neuwahlen nicht mehr antreten wollten, habe ich kandidiert und bin erstmals 2006 gewählt worden. Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE, und es steht für mich außer Frage, dort wirksam zu sein, wo die Leute sind. Damit haben wir unsere Verbindung zu den Kräften in der Gesellschaft und wirken auch für gesellschaftliche Veränderungen.

● **Horst Baer:** Ich bin im Vorstand, leite die AG Nachbarschaft, arbeite im Mieterbeirat und in der Bürgerjury. Für alle Altersgruppen werden Angebote bereitgehalten, um die Lebensverhältnisse zu verbessern.

Warum braucht der Kiez, braucht Lichtenberg die Kiezspinne? Brauchen Sie selbst die Kiezspinne auch?

- **Evelin Pakosta:** So werden die Menschen animiert, sich aus ihren vier Wänden aufeinander zuzubewegen. Ich betrachte den Verein als mein soziales Netzwerk. Hier kann ich meinen Interessen nachgehen. Ich treffe Nachbarn, Einwohner des Kiezes und umliegender Gebiete, helfe, auftretende Probleme der Bezirksverwaltung mitzulösen oder ich lasse einfach auch mal die Seele baumeln.
- **Frank Mißbach:** Ein Platz, wo sich Jung und Alt treffen können, gehört zu uns und muss auch so bleiben. Gemeinsame Interessen und ein Schwätzchen über Gott und die Welt sind vielen sehr wichtig.
- **Dr. Manfred Meineke:** Kiez und Bezirk brauchen eine soziale Infrastruktur, die eine lebenswerte Umgebung für die Bürger schafft. Hier ist ein gesellschaftlicher Mit-

Mieterberatung

- **Sprechstunden:** jeden ersten Donnerstag im Monat, 17 – 19 Uhr, Kiezspinne (Eine Rechtsberatung wird nicht geboten.) Wechselweise sind je zwei Mitglieder des Mieterbeirates gesprächsbereit. Als besonderen Erfolg kann der Mieterbeirat verbuchen, dass z. B. im vergangenen Jahr Zwangsräumungen abgewendet werden konnten.
- <http://www.mieterbeirat-fas.de/beratungen/hier-finden-sie-uns/>

telpunkt im Kiez und darüber hinaus entwickelt worden. Die Netzwerkarbeit über den Verein ist wirksam im gesamten Bezirk. Wichtig ist mir auch, dass wir einen guten Versammlungs- und Veranstaltungsort für unsere Ortsgruppe FAS der Partei DIE LINKE haben. Hier können wir unsere Organisationsstruktur und damit unsere Möglichkeiten insgesamt verbessern.

● **Horst Baer:** Im Kiez gibt es keine anderen leistungsfähigen, allumfassenden kulturellen Einrichtungen. Dieses Stadtteilzentrum ist eine Art Leiteinrichtung nachbarschaftlicher Zusammenarbeit.

Wie soll, wie kann und wie wird die Kiezspinne in ein paar Jahren aussehen und wirken?

- **Evelin Pakosta:** Der Verein braucht auch künftig materielle Unterstützung aus der Politik. Wichtig ist, sich der wandelnden Bevölkerungsstruktur anzupassen und im gesamten Berlin bekannt zu werden, um das Haus auszulasten. Dies ist aber nur wirksam, wenn der Staffelstab immer weitergegeben wird. Ich hoffe, dass der Verein weitere Mitglieder, vor allem jüngere, aufnimmt.
- **Frank Mißbach:** Wir müssen noch stärker für uns werben, weitere Interessengruppen finden und vor allem unsere jungen Menschen mit einbinden.
- **Dr. Manfred Meinecke:** Notgedrungen wird die Kiezspinne als Bestandteil der sozialen Infrastruktur im Bezirk staatliche Aufgaben ins Ehrenamt übernehmen müssen. Auch die Koordination der Stadtteilarbeit in Lichtenberg Nord wird eine Aufgabe werden. *Interview: Joachim Pampel*



Die Kiezspinne im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd, ein schöner und wichtiger Ort für das gesellschaftliche Engagement.



Kämpfen lohnt sich doch: Hausglastonnen kehren zurück

Seit Ende des vergangenen Jahres in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick urplötzlich und zumeist ohne vorherige Information die bewährten Hausglastonnen abgeschafft wurden, hat DIE LINKE dagegen gemeinsam mit vielen Bürgern einen Protest organisiert.

In vielen Kiezen haben wir Unterschriften gesammelt und Beschwerdebriefe an die

SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geschickt.

Die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung hat auf unsere Initiative beschlossen, sich beim Senat für die Rückkehr der Hausglastonnen einzusetzen. Im Abgeordnetenhaus hat die Fraktion DIE LINKE auf Initiative unserer direkt gewählten Lichtenberger Abgeordneten Marion Platta im

Dezember 2013 einen entsprechenden Antrag gestellt.

Jetzt ist die SPD/CDU-Koalition offenbar zum Umdenken bereit: Sie hat wesentliche Inhalte unseres Antrages übernommen. Alle Fraktionen haben sich im Umweltausschuss darauf verständigt, die abgezogenen Glas-tonnen in den drei Bezirken wieder in der Nähe der Wohnhäuser aufzustellen. Für die übrigen Bezirke sollen die Hoftonnen erhalten bleiben.

Die plötzliche Umquartierung der Glas-tonnen im vergangenen Jahr war damit begründet worden, dass die Glasqualität zu unterschiedlich sei. Dieser kaum nachvollziehbare Begründung wollen die Sammel-unternehmen jetzt entgegenwirken durch eine verstärkte Öffentlichkeitskampagne, vor allem aber durch einen besseren Umgang mit dem Glas in den Sammelfahrzeu-gen und beim Umladen. Zur Öffentlichkeits-arbeit gehört auch die Einbeziehung der Wohnungseigentümer, Wohnungsverbände und Mietervertretungen.

Wir LINKE möchten uns bei allen Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern, die gemeinsam mit uns Druck gemacht haben, herzlich bedanken. Jetzt kommt es darauf an, dass der Senat schnell mit der privaten Abfallwirtschaft verhandelt, um den Beschluss des Umweltausschusses auch umzusetzen.

Sebastian Schlüsselburg

Durch die Abschaffung der Hausglastonnen landete das Altglas nicht immer an den zentralen Sammelstellen.



Foto: Jörg Rückmann

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Studentenbuden

350 Studentenappartements sollen laut Ausschuss für Ökologische Stadtentwicklung in der Alfred-Jung-Straße 14 entstehen. Der Investor arbeitet mit einem erfahrenen Generalvermieter für studentisches Wohnen zusammen. Die Mietpreise sind noch nicht bekannt.

Positive Defizite

Unter dem Druck der Linksfraktion und anwesender Gewerkschaftsvertreter räumte Bezirksbürgermeister Geisel Anfang März im Hauptausschuss ein, dass Lichtenberg in der Jugendförderung weniger kürzen darf als andere Bezirke. Diese Defizite könnten „politisch gewollt sein“.

Volkssolidarität

Bis zum 30. April klingeln Ehrenamtliche der Volkssolidarität für die diesjährige Spendensammlung an den Haustüren. 2013 sind berlinweit 306 000 Euro zusammengekommen. Der Bezirksverband Lichtenberg der Volkssolidarität hat 4 000 Mitglieder.

Jubiläum mit Zukunft

Am 13. April beginnt auf der Karlshorster Trabrennbahn eine Serie von Jubiläumsrenntagen; u.a. feiert der Trägerverein Pferdesportpark seinen 10. Geburtstag. Ein 2011 von Wirtschaftstadtrat Dr. Prüfer (DIE LINKE) angestoßenes 100 000-Euro-Förderprojekt soll bis 2015 die infrastrukturelle Entwicklung des Geländes ermöglichen.

Hubertusbad

„Hubertusbad – Rückblick und Ausblick“ – Jürgen Hofmann vom Förderverein Stadtbad Lichtenberg lädt am 16. April, 16.30 Uhr, zu einer Führung durch das Haus sowie zu einem Vortrag ein (17.30 Uhr, alte Cafeteria, Haus L, SANA-Klinikum).

Hochbunkernutzung

Kann der denkmalgeschützte Hochbunker in der Zwieseler Straße in eine öffentliche Freizeiteinrichtung verwandelt werden? Dem geht jetzt eine Machbarkeitsstudie nach, die vom Eigentümer getragen und durch das Bezirksamt begleitet wird. Damit folgte die BVV einer Initiative der Linksfraktion.

Warum ich Ja zu Europa sage

Schreib mal was zu Europa in Lichtenberg war der Auftrag, der mich erteilte. „Бѣ будет“, war meine schnelle Antwort. Nun also: Was fällt uns zuerst ein? Europa = Euro. Geld. Wieviel Geld haben wir denn aus „Brüssel“ bekommen, in den letzten Jahren?

Eine jüngst veröffentlichte Auskunft des Bezirksamtes spricht – inklusive nationale Ko-Finanzierung in unterschiedlicher Höhe – von 30 Millionen Euro in den letzten zehn Jahren. Dabei ist aber das „URBAN-II-Vorhaben“ (über 16 Millionen Euro) rund um's Ostkreuz und die halbe Million für das mit Marzahn betriebene Wirtschaftsförderprojekt „berlin eastside“ gar nicht mal dabei. Hinzu kommen Vorhaben im Regionalpark Barnimer Feldmark, die Finanzierung der Investitionen von Unternehmen, die sich neu angesiedelt oder erweitert haben. Das meiste ging übrigens in den vielfältigen Stadtbau, in die Sanierung unserer Infrastruktur, in Nachbarschaftshäuser, Jugendclubs und Schulen. Aus dem Europäischen Sozialfonds wurde in Millionenhöhe Arbeit gefördert – nicht zuletzt unser ÖBS hat davon gelebt.

Nicht schlecht. Nach dem, was man so im Netz finden kann, wurden in der Förderperiode 2007 bis 2013 1,5 Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und 615 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds inklusive Kofinanzierung aus Mitteln des Landes und des Bundes in Berlin ausgegeben.



Foto: Jörg Rückmann

Ist das Europa? Geldumverteilungsmaschine – zum guten Zweck zwar, zur Unterstützung guter Ideen bestenfalls, aber natürlich vor allem um die Maschine im Interesse des Kapitals am Laufen zu halten.

Die damit verbundene Idee des Ausgleichs zu kritisieren, wäre aber grundfalsch – es gehört zu den wesentlichen Gründungsideen der EU, dass sich europäische Staaten dabei unterstützen, die Lebensbedingungen in allen Teilen der Union gleichwertig zu gestalten. Und nun ist sogar die Forderung nach einer solidarischen Regional- und Strukturpolitik besonders akut, weil ab 2014 die Instrumente der Regional- und Strukturpolitik von einem sozialen und ökonomischen Ausgleichsmechanismus hin zu einem „Belohnungsmechanismus“ umgewandelt werden sollen mit dem Ziel, Märkte zu öffnen und Staatsausgaben zu kürzen. Die Strukturfonds würden so als Erpressungsinstrument missbraucht.

Ausgerechnet in der Zeit der Krisen sollen die Mittel zugunsten der reicheren Mitgliedstaaten umverteilt und der Fokus künftig weniger auf den ärmeren Ländern liegen. Auch deshalb braucht es also eine starke LINKE im EU-Parlament, um dafür zu streiten, dass Mittel der Regional- und Strukturpolitik aufgestockt werden und dabei natürlich vordringlich den Ländern zugutekommen, die es am dringendsten benötigen.

Besonders die neu hinzugekommenen Länder benötigen Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur, so wie es Ostdeutschland nach 1990 vielfältig erfahren konnte. „Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen – dies ist unser Grundanatz für die Regional- und Strukturpolitik der EU.“ So steht es im Wahlprogramm.

Dass Europa aber mehr als Geld ist, größer als die Europäische Union sowieso, darf beim Reden über Geld nicht unter den Tisch fallen. Ich jedenfalls empfinde es als Glück, grenzenlos reisen zu können, Freunde, Bekannte, Kollegen in Frankreich, Litauen, Polen und auch in Russland zu haben, mit denen es ganz viel Gemeinsames zu bereden gibt. Erstaunlich ist dabei, dass bei einem allfälligen Gemecker über „Brüssel“ und seine Bürokratie gerade das keiner missen

Mit Geldern aus „Brüssel“ soll im Kreativgymnasium in der Rüdigerstraße eine „Energetische Modernisierung“ realisiert werden.

Veranstaltungen

- **Sonntag, 13.4., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Was können, was müssen wir für den Frieden tun?“, mit Laura von Wimmersperg, FRIKO Berlin
- **Dienstag, 22.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Mittwoch, 23.4., 17 Uhr***
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann
- **Sonnabend, 26.4., 10 Uhr**
1. Tagung der 4. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112 (Einlass ab 9 Uhr)
- **Montag, 5.5., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN
- **Montag, 12.5., 17 Uhr***
Eröffnung des Abgeordnetenbüros von Harald Wolf, MdA

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Die Geschäftsstelle der LINKEN hat neue Öffnungszeiten

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin, ist ab sofort wie folgt geöffnet:

- Montag: 10–17 Uhr
- Dienstag: 13–17 Uhr
- Mittwoch: geschlossen
- Donnerstag: 13–20 Uhr
- Freitag: 10–14 Uhr

will – den Austausch, das Unkomplizierte oder auch die gemeinsame Idee von einer Zukunft in Frieden und Wohlstand.

Dass wir uns dabei oft auch in komplizierter Auseinandersetzung um die Rolle Europas in der Welt befinden, dass Europa auch eine Festung ist, dass die EU auch militärische Macht ist, die Konfrontationen schürt, weil sich Kapitalinteressen wenig darum scheren, was Bürgerinnen und Bürger mit der europäischen Idee verbinden, ist unstrittig. All das darf uns den Optimismus nicht nehmen, dass wir Europa anders gestalten können, wenn wir mit progressiven Kräften zusammenstehen und wenn wir bei den Wahlen für das Europäische Parlament stark sind.

Andreas Prüfer



Mitbestimmen statt Zuschauen!

2013 gab es in Deutschland 9 neu eingeleitete, 21 laufende und 11 abgeschlossene direktdemokratische Verfahren. Diese Bilanz zieht „Mehr Demokratie e.V.“ in seinem aktuellen Volksbegehrensbericht.

Berlin ist auf Platz 1, betrachtet man die letzten zehn Jahre, in denen einigermaßen funktionierende direktdemokratische Verfahren stattfanden. Dies bestätigt die These, wonach besonders die Häufigkeit der Verfahren und insbesondere deren Quoren Verfahrenshürden darstellen. In einigen Bundesländern ist die direkte Demokratie bislang nur auf dem Papier vorhanden und dadurch in der Praxis bedeutungslos.

In Baden-Württemberg und im Saarland fand noch kein einziges Volksbegehren zu Sachfragen statt, in Hessen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern gab es jeweils nur ein Volksbegehren in Jahrzehnten. Hier halten verschiedene Hürden die Bürgerinnen und Bürger vom Gebrauch ihrer Beteiligungsrechte ab.

Die rechtlichen Grundlagen der direkten Demokratie in Berlin finden sich in der Landesverfassung sowie im Abstimmungs-gesetz. DIE LINKE/PDS hat sich unter rot-roter Regierung besonders stark für Erleichterungen von Volksentscheiden eingesetzt, so dass es 2006 endlich zu Anpassungen kam. Die entsprechenden Verfassungsartikel wurden dann in einem obligatorischen Referendum, das parallel zur Abgeordnetenhauswahl 2006 abgehalten wurde, mit 84 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die seit 20. Februar 2008 gültige Fassung erleichtert die Volksgesetzgebung in vielen Punkten.

Der letzte Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“ am 3. November 2013 entfachte

wieder eine Diskussion zu den erforderlichen Quoren. Ein Gesetzentwurf ist durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit der Teilnehmer/-innen und zugleich mindestens ein Viertel der zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten zustimmt. Mindestens 620 000 Berliner/-innen müssen bei der Wahl mit Ja stimmen.

Erschwert wird dadurch aber, was Volksentscheide auch bewirken sollen: die aufklärende öffentliche Diskussion. Zusätzlich stellen Zustimmungsquoren das Stimmen-



Ein Foto aus dem Jahr 2010: Open-Air-Votierung am Storkower Bogen

gleichheitsprinzip in Frage. So haben sich in Berlin beim Energie-Volksentscheid letztlich 121 113 Nein-Stimmen gegen 599 588 Ja-Stimmen durchgesetzt.

Im Grunde hat sich ein Zustimmungsquorum von 25 Prozent überholt. Auf Kommunalebene haben 8 von 16 Bundesländern ein Zustimmungsquorum von 20 Prozent oder niedriger. Selbst die Berliner Bezirke kennen ein Zustimmungsquorum von 10 Prozent. In Bayern, Hessen und Sachsen gilt das Mehrheitsprinzip. In Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg sind die Quoren niedriger als in Berlin. In 7 Bundesländern wäre der Berliner Energie-Volksentscheid gültig und erfolgreich gewesen!

Das Zustimmungsquorum beim Volks- und Bürgerentscheid in Berlin gehört abgeschafft! Es ist in demokratischer Hinsicht problematisch. So führt es u. a. dazu, dass auch Bürger/-innen mitentscheiden, die sich gar nicht an der Abstimmung beteiligt haben. Wer mit Nein stimmen würde, bleibt oft der Abstimmung fern. Das Ziel, eine höhere Beteiligung zu erreichen, rückt in weite Ferne. Darüber hinaus wird das Ergebnis verzerrt. Ohne Quoren aber entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. *Hendrikje Klein, Fraktionsvorsitzende*

Votierungswoche

Vom 12. bis 16. Mai findet in Lichtenberg wieder eine Votierungswoche für die Bürgerhaushaltvorschläge statt. Das letzte Mal konnten die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger 2011 abstimmen.

Leider ist das Engagement des Bürgermeisters für den Bürgerhaushalt mit den seit 2011 geänderten politischen Verhältnissen in der BVV leiser geworden. Doch wir lassen uns den Bürgerhaushalt nicht aus der Hand nehmen!

2014 stehen rund 20 Vorschläge zur Wahl. Jede und jeder hat fünf Punkte, um die für sie oder ihn besten Vorschläge zu kennzeichnen. Eine Woche lang können Sie an verschiedenen Orten im Bezirk abstimmen. Infos gibts in den Stadtteilzentren und sozialen Zentren.

Drei Termine für die Vorstellung des Bürgerhaushalts und die Votierung stehen bereits fest:

- **12. Mai, 19 Uhr**, Bürgerjury-Sitzung Neu-Lichtenberg, KULTschule, Sewanstraße 43
- **13. Mai, 17 Uhr**, Forum Weitlingkiez, Heinrichstraße 31
- **14. Mai, 18 Uhr**, Bürgerjury-Sitzung Friedrichsfelde Süd, KULTschule, Sewanstraße 43

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 0151/15602356, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23252551, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23252550, nach telefonischer Vereinbarung
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83558139, telefonische Sprechstunde am 24. April sowie nach Vereinbarung
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23252508, 28. April, 17 Uhr, IKB, Münsterlandstraße 33
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 0177/7533169, nach telefonischer Vereinbarung

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BOs oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Wie Herr Schäuble einfach mal das Kindergeld opfert

Die Regierungslogik ist verblüffend: Das Kindergeld wird nicht um zwei Euro pro Monat erhöht, weil sich das nach Aussagen der Bundesregierung nicht lohne. Aber die Diäten der Abgeordneten wurden erhöht, und das hat sich wirklich gelohnt! Warum soll denn eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes, wie im Wahlkampf versprochen, nicht auch in diesem Jahr möglich sein?

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Der Finanzminister möchte gern in die Geschichte eingehen. Er will etwas schaffen, was viele Finanzminister vor ihm nicht geschafft haben: einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Herr Steinbrück hatte als Finanzminister auch schon den Versuch unternommen, ohne neue Kredite auszukommen. Er ist grandios gescheitert!

Die größte Finanzkrise seit den 30er Jahren brachte die Finanzen völlig durcheinander. Der ausgeglichene Haushalt wurde den Banken geopfert. Herr Schäuble will es nun besser machen. Doch dafür greift er tief in die Trickkiste. Er macht aus dem Bundeshaushalt einen großen Verschiebebahnhof. Er bedient sich in den Sozialkassen. Für die Rentenreform greift er in die Rentenkasse.

Den versprochenen Bundeszuschuss von 14 Milliarden Euro für die Krankenkassen

senkt er drastisch und riskiert damit höhere Krankenkassenbeiträge.

Doch das reicht nicht für die „schwarze Null“. Die 425 Millionen Euro, die eine Kindergelderhöhung im Jahr kostete, fällt der historischen Aufgabe zum Opfer. Was ist schon, denkt sich der Finanzminister, eine ausgefallene Kindergelderhöhung gegen einen ausgeglichenen Haushalt?

Doch nicht alle Kinder fallen der „schwarzen Null“ zum Opfer. Eltern mit hohem Einkommen können sich wahrscheinlich bald über einen höheren Steuerfreibetrag von 72 Euro freuen. Eltern mit niedrigem Einkommen werden auf das Jahr 2016 vertröstet. Die Koalition will lieber ein großes Paket für Kinder schnüren, heißt es.

Da habe ich meine Zweifel. Die CDU/CSU-SPD-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass es keine Steuergerechtigkeit geben wird. Steuererhöhungen für Reiche schließt diese Koalition kategorisch aus. Die Vorstellung der Regierung, dass die Steuereinnahmen weiter so sprudeln werden wie bisher, ist riskant. Wenn es wirtschaftlich wieder schlechter geht, wird sich das große Paket für die Kinder schnell in Luft auflösen – im Koalitionsvertrag ist Kinderarmut kein Thema.

Mit meiner Diätenerhöhung werde ich wie jedes Jahr Lichtenberger Kindern Ferienplätze finanzieren. Familien, die es sich finanziell nicht leisten können, ihre Kinder ins Ferienlager zu schicken, können sich bei mir melden (Tel: 22 77 17 87). *Gesine Lötzsch*

Gesines Team

Im Büro der Bundestagsabgeordneten arbeitet jetzt auch Anika Taschke. Sie organisiert den Wettbewerb „Zivilcourage vereint“. Sie schreibt über ihre Aufgabe:

„642 Menschen wurden am 10. Juni 1944 von der 2. SS-Panzer-Division in Oradour-sur-Glane ermordet. Bis heute ist dieser Ort unzureichend bekannt und erinnert nur wenige Menschen an die Widerstandskämpfer in Frankreich. Aus diesem Grund ermöglicht der Verein „Zivilcourage vereint e.V.“ Jugendlichen aus ganz Deutschland eine Studienreise an diesen Ort.

Anika Taschke

arbeitet im Büro von Gesine Lötzsch und organisiert den Wettbewerb „Zivilcourage vereint“.



Bis zum 8. Mai können junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren Beiträge über ihr antifaschistisches oder antirassistisches Engagement einreichen. Finanziert wird das Projekt hauptsächlich durch Abgeordnete der Partei DIE LINKE. Für die Jugendlichen entstehen keine Kosten. Auch in diesem Jahr möchte Gesine Lötzsch zwei Jugendliche für die Reise nominieren.

Aus diesem Grund bitte ich Euch, engagierte Jugendliche mit ihren Projekten vorzuschlagen. Gerne komme ich in Eure Basisgruppe und berichte von meinen Erfahrungen. Erreichbar bin ich unter 22 77 17 87.

● Projekteinreichungen bitte an:

Dr. Gesine Lötzsch, Stichwort:
Frankreich, Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Zingster Straße 12,
13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder
im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail:
gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** Bürgersprechstunde
mit Dr. Gesine Lötzsch, MdB,
Dienstag, 29.4., 17 Uhr, **Achtung,
neue Adresse: Zingster Straße 12,**
(Um Anmeldung wird gebeten!)

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Für ihr besonderes gesellschaftliches Engagement wurde im März die Schülerin Antonia Wieschollek vom Herder-Gymnasium mit dem Herder-Preis ausgezeichnet. Sie nahm ihn aus den Händen Gesine Lötzschs in Empfang.



8. Mai, Tag der Befreiung



In Karlshorst wurde in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands unterzeichnet und der 2. Weltkrieg in Europa beendet. In der DDR wurde der 8. Mai als Tag der Befreiung gefeiert. In der Sowjetunion war dies aufgrund der Zeitverschiebung der 9. Mai. Nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR haben sich Deutschland und Russland darauf geeinigt, gemeinsam an diesem Ort an das historische Ereignis und die Schrecken des Krieges zu erinnern.

In jedem Jahr findet an diesem Tag ein Museumsfest statt, und ein Land stellt sich mit seinem Gedenken an den Zweiten Weltkrieg vor. In diesem Jahr sind es die USA, u. a. mit einer Gesprächsrunde zu den Formen des Gedenkens in den Vereinigten Staaten sowie der Bourbon Street Jazz Band. Um 22 Uhr werden dann traditionell im Saal der Kapitulation hunderte Gäste auf den Frieden anstoßen – Sa Mir!

In diesen kriegerischen Zeiten muss gerade der Frieden gefeiert werden.

Im Jahr 2013 störte die NPD die Feierlichkeiten vor dem Museums Gelände und schändete damit das Gedenken an die Millionen Opfer des 2. Weltkrieges. In diesem Jahr sollen derartige Störungen verhindert werden. Denn, so Dr. Jörg Morré, der Direktor des Museums, zu jedem 8. Mai laden wir auch Zeitzeugen, Veteranen und Opfer des Nationalsozialismus. „Wir möchten unseren Gästen keine neuerliche Störung zumuten.“

So beschloss die BVV, das Abgeordnetenhaus von Berlin zu ersuchen, das Deutsch-Russische Museum in das Gesetz zum Schutz von Gedenkstätten aufzunehmen. Bislang ohne Erfolg! Nun soll das Fest auf dem Parkplatz vor dem Museum stattfinden, um den Nazis den Raum zu nehmen. Feiern wir zusammen den Frieden und verhindern so den Auftritt der NPD! *Robert Sommer*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 3/14: 7.4.2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.5.2014

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 21.4.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 12.4., 20 Uhr**
Konzert 5 im Monat des Jazz: Sarah Elgeti Quintet (DK); Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Donnerstag, 17.4., 13.30 Uhr**
„Wer Ostern mit den Eiern...“, Österliches mit Zdravko; Seniorenbegegnungsstätte, Ribnitzer Straße 1b, Eintritt: 7 €
- **Mittwoch, 23.4., 14.30 Uhr**
Osterinseln, Reisebericht von Edith Charlotte Kittel; Seniorenbegegnungsstätte „Rusche 43“, Ruschestraße 43, Eintritt 2,50 €
- **Mittwoch, 23.4., 19 Uhr**
„Wenn ich zwei Vöglein wär...“, Hommage an Joachim Ringelnatz zu dessen 80. Todestag; Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149
- **Donnerstag, 24.4., 14 Uhr**
Osternachlese: Zum Tanz bittet das Duo Memories; Seniorenbegegnungsstätte, Warnitzer Straße 8
- **Donnerstag, 24.4., 19 Uhr**
Andreas Dresen und Hans Dieter Schütt stellen die Biografie „Andreas Dresen: Glücks Spiel“ vor; Bibliothek am Anton-Saefkow-Platz
- **Donnerstag, 24.4., 19 Uhr**
Jana Simon liest aus ihrem Buch „Sei dennoch unverzagt: Gespräche mit meinen Großeltern Christa und Gerhard Wolf“; Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Freitag, 25.4., 19 Uhr**
Schauspieler Ursula Werner liest aus ihrer Biografie „Immer geht's weiter“; A.-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
- **Sonntag, 27.4., 11 Uhr**
Musikalische Sonntagsmatinee; Linden-Center, Prerower Platz 1, Eintritt: 9/7 €
- **Dienstag, 29.4., 10 Uhr**
Premiere: „Das Gesetz des Dschungels“ (Theater für Kinder von 10–12 Jahren), Theater an der Parkaue, Parkaue 23
- **Sonnabend, 3.5., 18 Uhr**
Klavierkonzert: „Von der Klassik zur Romantik“; Schloss Friedrichsfelde, Eintritt: 22 € (inkl. Begrüßungssekt)
- **Ausstellungen**
 - Johannes Hell: Malerei, Freitag, 11.4., 9–19 Uhr, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, bis 4.7.
 - „In wenigen Minuten zu Fuß von Schloss Rheinsberg zum Reichstag“, Miniaturen im Modellpark in der Wuhlheide, neben der Trabrennbahn Karlshorst